

«Rassismus ist nicht nur eine Gefahr für die direkt Betroffenen, sondern das grösste Hindernis für eine linke Bewegung.»

Interview mit **Gáspár Miklós Tamás**
Geführt am 29. Dez. 14 in Budapest
Raphael und Harika Jakob

Gekürzte Online-Version:

www.papierlosezeitung.ch/artikel/rassismus-ist-nicht-nur-eine-gefahr-fuer-die-direkt-betroffenen-sondern-das-groesste-hindernis-fuer-eine-linke-bewegung

Gáspár Miklós Tamás (Philosophieprofessor)

War ein libertärer ungarischer und rumänischer Dissident unter dem Kommunismus und sass sogar von 1989 bis 1990 für die liberale Partei im Parlament. Heute ist er einer der führenden linken Kritiker der kapitalistischen Ordnung in Osteuropa. Zu seinen Publikationen zählen: *Les Idoles de la tribu*, 1989; *Identity and Conflict*, 1995; *What is Post-Fascism?*, 2001 sowie *Ein ganz normaler Kapitalismus*, 2007

Gibt es Flüchtlingsprojekte in Ungarn, die für eine Verbesserung der Situation eintreten?

Diese befinden sich in einer Anfangsphase, aber sie werden zustande kommen. Im Moment gibt es Pro-Migrant_innen-Gruppen, die von englischen oder westlichen Fachkräften aus der Wirtschaft geführt sind. Das sind hier lebende, vage linke Westintellektuelle, jedoch keine Flüchtlinge oder Einwanderer. Das ganze befindet sich in einer Anfangsphase. Es hat auch mit Sprachschwierigkeiten zu tun und auch damit, dass die ganze autonome, unabhängige Linke, also nicht die sozialdemokratische oder offizielle Linke, sehr schwach und in kleine Grüppchen zerfallen ist, wie immer.

Kommen Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern nach Ungarn?

Ja, es kommen schon welche, aber sie werden sofort an der Grenze verhaftet und in Zentren eingesperrt. Die Politik der Regierung ist Einwanderungsfeindlich und es gibt noch keine wirkliche Stimmung dagegen. Es gibt natürlich die «usual suspects» wie mich und andere, die dagegen sind, aber es ist nicht vergleichbar mit anderen Ländern, wo an Universitäten oder öffentlichen Plätzen Sympathien für Migrant_Innen bekundet werden. In Ungarn ist es ein neues Thema für die öffentliche Meinung, es wird noch nicht verstanden, aber das wird auch kommen. Es gibt im Moment keine Debatte darüber im öffentlichen Leben und die Politik der Regierung ist in dieser Hinsicht ganz populär.

Gibt es Aufnahmezentren im Land?

Es gibt Zentren, die man jedoch nicht verlassen darf. Es sind also Flüchtlingslager, wo man die Leute praktisch einsperrt. Das ist eigentlich illegal, die EU-Regeln erlauben das nicht. Es gibt auch keine wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge. Natürlich wissen das die Einwanderer und versuchen nicht nach Ungarn zu kommen. Die Lage und die öffentliche Stimmung sind ganz unfreundlich. Auch die Sprache ist schwierig, ungarisch ist keine innereuropäische Sprache und das erschwert die Sachen auch. Viele Einwanderer sprechen Englisch, und Ungarn ist das Land in Europa mit den niedrigsten Fremdsprachenkenntnisse, auch bei den Behörden trifft das zu. Es gibt keine

Dolmetscher, die Polizei kennt keine Fremdsprachen, also die ganze Sache verläuft sehr primitiv, die Grenzpolizei ist auch ganz brutal usw.

Wie sieht ihre politische Tätigkeit aus?

Ich übe keine eigentliche politische Tätigkeit aus. Ich bin selber ein Auswanderer aus dem Establishment, darum ist meine Lage etwas anormal. Als ehemaliger Dissident, Politiker und Abgeordneter und auch als Publizist bin ich wohlbekannt und habe auch einen gewissen Einfluss. In der traditionellen Presse bin ich praktisch die einzige Stimme der Linken, was mir einige Möglichkeiten bietet, die andere nicht haben. Ich bin mit den meisten linken Kreisen befreundet, jedoch nicht so sehr mit den alten Linken aus der realsozialistischen Partei, dort gibt es kulturelle und geschichtliche Verschiedenheiten, die schwierig zu überbrücken sind. Im Moment versuche ich in der aktuellen Stimmung der Proteste gegen die Orban Regierung einen Dialog zumindest zwischen den linken Gruppierungen zu starten. Ganz vorsichtig zwar, weil diese Leute natürlich nicht durch die Autorität eines älteren Herrn kolonisiert werden wollen. Natürlich respektiere ich ihre Autonomie und ihren Stolz, das sind ganz natürliche Sachen. Ich bin jedoch nicht nur in Ungarn aktiv, sondern auch in Rumänien, wo die alternative Linke viel stärker ist. Ungarn ist heute wahrscheinlich das rechtste Land in Europa, also die üblichen Gruppen und kleinen Institutionen der Linken fehlen, was in Rumänien nicht der Fall ist. Dort gibt es Verlage und einflussreiche Internetseiten, wo ich mehr oder weniger aktiv bin. Ich reise auch regelmässig nach Siebenbürgen und Klausenburg, meine Heimatstadt, wo sich die wichtigste Basis der rumänischen Linken befindet. Der gesamte politische Charakter der Proteste gegen die Orban Regierung ist politisch nicht gut artikuliert, also allgemeine liberal-demokratischen Parolen, anarchistische Parolen und egalitäre Parolen sind an diesen Demonstrationen präsent und gehen uneinheitlich Seite an Seite. Das ist natürlich auch gut so, weil dadurch eine Menge Menschen gegen das autoritäre System protestieren. Aber man sieht noch keine klare Linie der politischen Absichten und Programmen. Also es gibt diese vage Sache und eine politische Hoffnungen des Augenblicks, aber von einem linken Durchbruch kann man nicht sprechen.

Was für eine Tätigkeit üben sie als Philosoph aus?

Ich schreibe Sachen über politische Philosophie und ich war auch als Forschungsprofessor am Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften tätig aber wurde aus politischen Gründen rausgeworfen, und ich bin somit jetzt das dritte Mal in meinem Leben arbeitslos. Das passiert in jedem Regime. Ich beschäftige mich jetzt mit den Werken von Alfred-Sohn Rethel und möchte ein Büchlein oder ein umfangreiches Essay dazu verfassen. Ich mag es eigentlich nicht darüber zu sprechen, weil ich noch kein Wort geschrieben habe und noch in der Vorbereitung bin. Es geht um die philosophische Konstruktion des Kapitalverhältnisses und die Rolle der Begrifflichkeit als dominante Kraft in der kapitalistischen Gesellschaft, wo, wie ich glaube, keine gesellschaftlichen Kräfte, wie man es traditionell auffasst, die dominante Rolle spielen, sondern begriffliche Konstruktionen, die wirklich dominant sind. Ich glaube, dass der Klassenfeind im 19. und 20. Jahrhunderts wirklich identisch war mit der Bourgeoisie und heute kann man ihn nicht mehr personifizieren, weil das Kapital derart institutionell und begrifflich geworden ist, dass wir es wirklich in einer philosophischen Form ernsthaft rekonstruieren sollten, wie es die klassische deutsche Philosophie mit der bürgerlichen Gesellschaft getan hat. Natürlich will ich kein Konkurrent von Kant und Hegel sein, das wäre etwas zu hoch, aber die Aufgaben, nicht meine bescheidenen Talente, sind nicht weniger wichtig. Diese Konzeptionalisierung der kapitalistischen

Gesellschaft von einer ausserkapitalistischen, marxistischen Sicht ist noch nicht komplett, also natürlich haben wir das Kapital und seine Folgen in der marxistischen Theorie, aber dort gibt es trotzdem eine Mischung von dieser konzeptionellen Form der Analyse und einen soziologischen und politischen Charakter der Analyse in der ganzen marxistischen Tradition, der – glaube ich – überholt ist. Man sollte das ein bisschen neu denken. Ich werde die ganze kritische Theorie wieder lesen und in den nächsten Jahren daran arbeiten, wenn ich kann. Ich bin natürlich nicht der einzige, der darüber denkt, es gibt die Leute in der Wertkritikbewegung wie Robert Kurz oder Moïse Postone, also ich bin philosophisch gesehen ein Teil dieser Orientierung. In der Zwischenzeit werden ich meine politische Publizistik fortsetzen, wenn das möglich ist. Es gibt hier eine zensierte Presse, und die Möglichkeiten sind bescheiden, die Öffentlichkeit zu erreichen. Ich werde immer angegriffen und bin in diesem Moment eher berüchtigt als berühmt, aber nur Provokation zu betreiben hat keinen Sinn. Es kann für eine kurze Periode so sein, aber ständig zu provozieren, da bin ich in einer Clownrolle, die ich nicht mag. Vielleicht sollten wir hier in Ungarn eine neue Revue starten, die nicht so akademisch ist, wie die einzige linke Zeitschrift von Niveau, die ein- oder zweimal pro Jahr erscheint. Sie ist ganz gut, aber auch in einer Tradition des Marxismus, für die ich mich nicht ganz begeistere: Immanuel Wallerstein und seine Weltsystem-Theorie, die ich nicht für sehr fruchtbar halte. Trotzdem ist sie von hohem Niveau, aber das inspiriert nicht viele Leute, mich ja auch nicht. Das sind so meine Projekte im Moment. Natürlich bin ich auch ein Freund der verschiedenen Bewegungen für Obdachlose, für Gay-Rights, für Einwanderer. Ich kann Ratschläge, Reden und Artikel beisteuern, aber ich bin kein Mitglied einer Organisation. Das ist kein prinzipieller Standpunkt von mir, aber es gibt im Moment keine Organisation, in der ich mich wohl fühle. Es gibt auch sehr schwierige Probleme, die keine Neuigkeit sind, dass das parlamentarische Regime und das ganze Repräsentationssystem der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sich im Bankrott befindet. Niemand hat ein wirkliches Vertrauen dafür, und das kann man von Seiten der Gesellschaft wirklich kaum mehr beeinflussen. Auch wenn man unsere – sagen wir mal: kommunistische oder marxistische – Vorstellungen beiseite schiebt, muss man sagen, dass auch im Rahmen einer bürgerlichen Gesellschaft politische Veränderungen nötig geworden sind. Gerade unsere Länder in Osteuropa, in denen es mit diesem Verfassungs- und Rechtssystem nicht weiter geht. Darüber schreibe ich auch.

Was denken sie über die Europäische Migrationspolitik und die Frontex?

Ich hasse all das natürlich. Ich denke man sollte eine internationale Mobilisierung dagegen organisieren, es geht nicht anders. Die Frontex ist eine Europäische Institution und die ganze Flüchtlingspolitik ist eine der reaktionärsten Seiten der europäischen Union. Man sollte in allen europäischen Ländern, oder zumindest in den Mitgliedsländern der europäischen Union, eine grenzüberschreitende Mobilisierung machen. Ich weiss, wie schwierig das ist, aber anders geht es nicht, da isolierte Proteste gegen eine politische Wirklichkeit auf der europäischen Ebene nicht sehr wirksam sind. Das hat jetzt nichts mit meinem Internationalismus oder meinem politischen Geschmack zu tun, sondern weil ich denke, dass es eine Notwendigkeit ist, und man das versuchen sollte. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die alten Grundlagen einer solchen Mobilisierung, wie die alte Gewerkschaftsbewegung, die sozialistische Partei usw. kaum existieren. Auch wenn einige von deren Mitglieder demokratisch gesinnt und wohlwollend gegenüber diesen Themen sind – als eine wirkliche Grundlage für eine rosarote Mobilisierung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sind sie leider nicht mehr geeignet. Auch die öffentliche Meinung ist sehr schlecht informiert. Die Medien sind in

dieser Hinsicht wirklich verächtlich, auch relativ progressive Zeitungen, die beispielsweise in der Frauen- oder Gayfrage egalitärer sind, sind bei Rassismus sehr vorsichtig und zurückhaltend. Natürlich sind die Medien nicht für die grossen Brutalitäten verantwortlich, aber sie schaffen auch nicht wirklich eine Stimmung, die zum Vorteil der Einwanderer ist. Ich weiss zwar nicht wie, aber ich glaube, das man diese Institutionen einfach als hoffnungslos aufgeben sollte. Das heisst zwar nicht, dass Solidarität nicht willkommen wäre, aber im Moment gibt es einfach keine Hilfe, und man sollte bei den internationalen Organisationen in Europa gegen diese Flüchtlings- und Einwanderungspolitik stiften und eine Strategie dafür etablieren. Ich kann sehen wie die wenigen Aktivist_innen müder und müder werden, und die erste Generation der Aktivist_innen ist wirklich ausgebrannt. Es sind wenige und sie arbeiten zu viel und können ihr normales Leben nicht mehr bestreiten, ich habe es wirklich gesehen, das sind totmüde Leute. Man sollte eine Arbeitsteilung organisieren, damit die Arbeit weitergeht, ohne die Teilnehmer_innen zu zerstören. Ich habe in diesen kleinen Bewegungen gelernt, dass es eine Grenze des Engagements gibt. Menschliche Energien sind endlich.

Wir waren in Lampedusa für die Charta von Lampedusa, und dort gab es Organisationen aus verschiedenen Ländern. Es gab die Sprachprobleme und auch die Frage des Vertrauens in die Organisationen muss zuerst wachsen, man muss sich kennenlernen. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Ländern.

Ich erhalte einige kurdische Newsletter aus Berlin und diese sind begrenzt auf Kurd_innen in Deutschland und Österreich ... also, wie soll man informiert sein. Das sind die Grenzen, wie Sie sagen. Man soll sehen wie es zum Beispiel Amnesty International oder andere es gemacht haben, als Organisation ist das wirklich bemerkenswert und auch beneidenswert. Eine solche kleine Internationale sollte auch für die Flüchtlingsthemen existieren, mit einem wirklichen Lobbying in Brüssel und Strasbourg usw., weil sich die Lage wirklich verschlechtert. Eine internationale Dachorganisation ist nötig, um einen wirklich starken Gesprächspartner zu haben in unserem Kampf mit den Regierungen und mit der EU. Auch wenn man mit parallelen Aktionen beginnt, sollte man sich nicht in Parallelismen verlieren, die die Kräfte zersplittert, das ist nicht ökonomisch. Es bräuchte auch eine anerkannte Zeitschrift, wo die ganzen Berichte und das ganze Rechtsmaterial und Aktionen diskutiert werden, die alle lesen können und die auch auf Englisch, Französisch und Deutsch übersetzt sind. Zersplitterte Kräfte sind ökonomisch gesehen wirklich zu teuer.

Das Kapital kennt keine Grenzen, gilt das auch für den Widerstand?

Wie widerstehen wir den internationalen und transnationalen Kooperationen, wenn wir selbst nicht international sind, das ist unmöglich. Es gibt auch die Gefahr, dass die Widerstandsbewegung gegen den globalen Kapitalismus nationalistisch werden, zwar nicht im alten Sinne aber es kann der Glaube entstehen, dass der Nationalstaat der Verbündete gegen den multinationalen Kapitalismus darstellt, und das ist eine Katastrophe. Es gibt eine solche Versuchung, weil einige Schlachten auf nationaler Ebene gewonnen werden können, weil es organisatorisch natürlich einfacher ist, obwohl man im Moment keine solche gewinnt, aber trotzdem ist das denkbar. Und natürlich auch, weil es mit dem Zusammenbruch der alten kommunistischen Bewegung keine andere internationale Strömung gibt, die die Kräfte konzentrieren kann. Also man soll nicht nur philosophisch sondern auch politisch denken und verstehen, auch das

Flüchtlingsproblem zeigt das sehr klar, dass die Limitierungen und Begrenztheiten der Aktion auf der nationalen Ebene in mancher Hinsicht nicht mehr helfen. Man soll wirklich begreifen, dass eine wirkliche, systemkritische Bewegung nur international sein kann. Es gibt natürlich eine informelle Internationale der linken Intellektuellen an Elite-Universitäten, und das ist nicht schlimm, wenn nichts anderes existiert, aber das genügt nicht. Die ganze Landschaft zeigt sehr klar, dass die Kräfte gegen den Kapitalismus ganz unorganisiert sind. Die alte Linke ist tot, die neue Linke der 1960er und 1970er Jahren ist auch tot, und es gibt eine Desillusionierung und überall einen instinktiven Hass gegen den Kapitalismus ohne politische Formen und die Gedanken und Leidenschaften begegnen sich nicht, das ist wirklich tragisch. Ich habe eine sehr fragwürdige aber interessante Rede von Pablo Iglesias, dem Leiter von Podemos im *Jacobin* gelesen, wo er sagt, dass der Kahlkopf Lenin nicht über Marxismus gesprochen hat, sondern von Brot und Frieden, dass man damit anfangen sollte, um die Sprache der Massen zu sprechen. Es gibt eine Wahrheit darin aber trotzdem ist es purer Populismus, weil die Worte nicht neutral sind. Lenin hat nicht nur «Brot und Frieden» gesagt, sondern auch «Proletarier aller Länder vereinigt euch!». Was war 1917 der wirkliche Kontrast zwischen den Sozialdemokraten den Kommunisten? Internationalismus! Das war der wirkliche Unterschied. Die Sozialdemokraten haben im ersten Weltkrieg teilgenommen und als nationale Volkspartei in ihren Parlamenten für Kriegskredite gestimmt. Darum wurden Karl und Rosa ermordet, diese Sachen sind ganz ernst. Klar, die historischen Dimensionen von damals sind verloren, das ist okay, weil der alte Kapitalismus ist auch tot, nicht nur die alte Linke aber einige Probleme bestehen, also zum Beispiel ist für die Linke das Problem des Nationalismus so präsent wie vor 100 Jahren.

Es gab auch in anderen Reden von Iglesias antideutsche Reflexe. Könnte das auch eine Gefahr für Syriza sein?

Ich habe das auch in der französischen Linken gesehen, da wurde von der deutschen Herrschaft in Europa gesprochen, das sind wirklich geschmacklose Lügen und Idiotismen, das mag ich nicht. Das ist schlecht für die Bewegung. Ein isolierter Kampf von Syriza gegen die EU ist einerseits hoffnungslos, zweitens hilft es der ganzen Bewegung nicht. Aber ich muss einsehen, dass in der gegenwärtigen Lage das die praktischen Möglichkeiten sind. Ich werde nicht sagen, wartet die internationale Bewegung ab und dann ... das wäre natürlich absurd. Aber ein nationaler Etatismus gegen internationales Kapital, das ist eine rechte Linie. Es gibt auch einen völkischen Antikapitalismus, einen Antikapitalismus von Rechts, der immer gefährlicher wird. Das kann man auch in der Regierung Ungarns sehen, es sind zwar nur leere Parolen aber trotzdem ernst. Die Partei Jobbik, eine Rechtsausenpartei ist zweitstärkste Partei in Ungarn. Die Orban-Partei ist an erster Stelle, dann kommen die Nazis und erst dann die Sozialdemokraten als dritte Partei mit nur 12%. Und das kann auch anderswo geschehen. Die spielen ein bisschen mit antikapitalistischen Parolen, Stimmungen und Gefühlen, die sind zwar meistens nicht aufrichtig aber manchmal sind sie ganz überzeugt davon. Es ist sehr interessant zu sehen, welche Autoren in der rechten Presse in einem rechten Land wie Ungarn zitiert werden. Spengler – Preussentum und Sozialismus, das ist heute ein populäres Buch in Ungarn, Ernst Jünger und andere Präfaschisten und Silvio Gesell, ein Schweizer, der in den 1920er Jahren einige Bücher veröffentlicht hat, die damals sehr populär in der antikapitalistischen Rechte waren, nicht in Deutschland aber in Österreich, Italien, er hat Mussolini beeinflusst und die faschistische Partei, er hat Salazar beeinflusst und die lateinischen Faschisten und auch

in Ungarn, Polen und Rumänien war er damals sehr populär, und dann ging er vergessen, erfährt jetzt aber eine Wiedergeburt. Es gibt also auch Denker, sagen wir in der antikapitalistischen Rechten, die können wirklich diese antikapitalistische Stimmung vereint mit Nationalismus und Kooperatismus sehr geschickt und klug formulieren, und wenn wir sie nicht aufdecken, ist das eine Möglichkeit der künftigen Entwicklung in Europa, und das wäre wirklich das Schlimmste. Natürlich hassen wir alle diese falschen Sozialdemokraten, Liberale und Neo-Konservative usw. aber auch schlimmere Sachen sind möglich. Unzufriedenheit, Hass und Empörung können auch in eine solche Bewegung münden. Es gibt diese täglichen Proteste in Ungarn gegen Orban und seine Regierung, die vage links sind. Eine faschistische Gruppe wollte daran teilnehmen und die Demonstranten haben die Polizei gerufen und sie wurden rausgeworfen. Das ist auch interessant: die Polizei gerufen. Und trotzdem ist ein erster Effekt der Demonstrationen eine grössere Popularität der extremen Rechten, weil die moderate sozialdemokratische Linke nicht mehr glaubhaft ist. Also wenn die Leute eine antisystemische Kraft suchen, eine sichtbare Antisystemkraft, sind es die Nazis. Also die Leute, die vertrauen zu Nazis haben, sind selbst keine Nazis, und das ist wirklich das Schlimmste, ihre Wähler sind keine Faschisten, ihre Wähler sind verzweifelte Leute, die Auswege vom System suchen und sie nirgends finden.

Sehen sie bei PEGIDA etwas Ähnliches?:

PEGIDA ist sehr gefährlich. Sie hat stark populistische Akzente mit ihrer Rhetorik: Wir einfache Leute, wir die wirklichen Bürger, wir sind keine Politiker, keine Eliten, aber wir können das nicht mehr dulden usw. unsere Identität, unser Erbe und unser Blut und unser Boden. Das ist wirklich gefährlich, weil natürlich die Unzufriedenheit mit den **bürokratischen Volksparteien sehr gross ist und es keine linke Kraft gibt, die wirklich als** antisystemisch gilt. Ich glaube, dass die deutsche Linkspartei ein bisschen besser ist, aber das ist unbedeutend, weil die Eindrücke der Wahlbürger andere sind. Herr Gysi in den Bundestag, das ist es was die Leute wahrnehmen und das blamiert jede Partei im System. Bei sogenannten wirklichen Lebensproblemen wie Überfremdung oder Homosexuelle etc. gibt es in einem Land wie Ungarn keine Selbstzensur oder politische Korrektheit, das geht ganz offen. Zum Beispiel hat der Vizepremier Herr Laser, also die «Nummer 2» im Regime und ein einflussreicher Mensch in Ungarn, in einem Interview mit einer traditionellen Zeitung gesagt, wer die Hauptfeinde des guten, nationalen, christlich-konservativen Ungarn wären. Und zwar die Gay-Lobby in den USA, und rumänische Journalisten, bezahlt von Amerikanern. Also wie in den 1930er Jahren. Aber solche Stimmungen gibt es überall, und sie werden im Westen von informellen Kräften und teilweise auch von Faschisten organisiert. Ich denke diese PEGIDA ist heute gefährlicher als die NPD, weil diese ihren Einfluss nicht mehr vermehren können.

Wie schätzen sie unter diesen Bedingungen die Reaktion der Öffentlichkeit auf eine Flüchtlingsbewegung ein?

Es wird einen Clash mit der öffentlichen Meinung der Mehrheit geben, das soll man anerkennen, das sind heute keine populären Sachen. Natürlich, die Leute haben Angst vor der nicht beendeten Krise, und es gibt auch vernünftig erscheinende Argumente gegen solche Rechte der Migrant_innen, wie z.B. die Arbeitslosigkeit usw. Es gibt keine präzise Grenze zwischen den etablierten und national bürokratischen Volksparteien und Anti-Immigrations- Bewegungen, weil natürlich diese die Stimmung der Mehrheit widerspiegeln und das Werkzeug der Macht in einer Gesellschaft die Wahlen sind. Also

man kann auf Berufung zur Wählerstimmung die eigene rassistische Meinung so vertreten, als würde sie nur der öffentlichen Meinung folgen. Die aufgeklärten Politiker und Bürokraten wünschen das natürlich nicht, aber man soll diese Leute und die öffentliche Meinung beachten, weil das spontane Volkstimmungen und Bewegungen sind. Und da wir Demokraten sind, sollten wir auch die Meinung des Volkes beachten. Diese Verhältnisse soll man sprengen, weil es eine Lüge ist, aber es ist auch sehr nützlich fürs Kapital, alle emanzipatorischen, antisystemische Kräfte und Bewegungen zu stoppen. Eine der grössten Hindernisse zur Konstruktion einer neuen sagen wir Arbeiterbewegung ist präzise der Rassismus. Das ist nichts Neues. Früher war es Nationalismus, heute ist es Ethnizismus. Das ist zwar ein bisschen verschieden aber das hat sich nicht geändert, nur die Kräfteverhältnisse sind anders, wir sind schwächer als früher. Wir wissen zwar, dass die grosse Macht und Kraft der alten Sozialdemokratie letzten Endes nicht nützlich war im ersten Weltkrieg, aber die Schwäche hilft auch nicht. Ich glaube die Lage ist fürchterlich, aber man soll so klar wie möglich zeigen, zumindest in der linken Meinung, dass Rassismus nicht nur eine Gefahr für die direkt Betroffenen, sondern das grösste Hindernis für eine linke Bewegung darstellt. Es ist nicht nur für die Flüchtlinge und ihre Freunde und überzeugte Antirassisten eine Gefahr, sondern auch für die Mehrheit. Man kann keinen emanzipatorischen Kampf führen mit unklaren Devisen, was das allgemeine Interesse betrifft. Wenn, sagen wir mal das Proletariat, die Armen und Angestellten in Weisse und Farbige teilt, dann kann man nichts tun, das ist das Ende einer emanzipatorischen Bewegung. Das ist die Hauptgefahr.

Es gibt einen Slogan von «The Movement of the Indigenous of the Republic in France» mit dem Titel: Der weisse Antirassismus wird uns nicht retten. Was denken sie darüber?

Natürlich, das ist ein wahres Prinzip der Autonomie. Marx sagte damals, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Das ist ein Prinzip der Autonomie in einer linken Bewegung und das betrifft auch die Bewegung der Migrant_innen. Die Betroffenen sollen selbst diesen Kampf leiten, bilden und gestalten. Man braucht dafür nicht einen weissen Onkel und eine weisse Tante. Aber es gibt auch ein anderes Prinzip, nämlich der Solidarität. Und das soll gegenseitig sein. Auch die Einwanderer sollen sehen, obwohl das nicht im Zentrum stehen soll, dass das Problem des Rassismus und der Xenophobie auch ein Problem für die Mehrheit ist. Also wenn wir gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit kämpfen, dann kämpfen wir für uns, nicht nur für sie, das ist ein Interesse der gesamten Gesellschaft. Wie kann man für Gleichheit und Emanzipation kämpfen, wenn man die Farbigen und andere Einwanderer ausgrenzt? Das ist unmöglich. Wir weissen Onkel sollen die Einwanderer nicht führen, aber sie sollen auch wissen, dass es eine Affäre der ganzen Gesellschaft ist und nicht nur eine sektionale Sache. Ich glaube, dass das die Wahrheit darüber ist, und dass sie nicht von anderen patronisiert und geleitet werden wollen, das ist ganz korrekt. Aber auch wenn sie eine führende Rolle spielen wollen, soll das auch keine antiweisse Attitüde bekleiden. Das ist zwar keine Gefahr, weil die unterdrückten Minderheiten nicht in der Lage sind, einen anti-weissen Rassismus zu entwickeln, aber man soll internationalistisch sein, nicht aus moralischen, sondern aus politischen Gründen. Ich glauben, das ist das Nützlichste.

Haben wir Migrant_innen und Flüchtlinge mit all unseren Problemen überhaupt ein Potential, etwas Politisches zu bauen?

Das wäre wünschenswert. Ob das wirklich möglich ist, ist wie man damals sagte, eine Kampffrage. Das kann man nicht prinzipiell entscheiden, das wird man sehen. Im Moment scheint es nicht wirklich möglich, und darum sollten man vielleicht in der Logik der demokratischen Staatsbürgerschaft, wie es im internationalen Recht und im Verfassungssystem der europäischen Länder prinzipiell anerkannt ist, für eine *citoyenneté* kämpfen. Und dazu auch Verbündete bürgerliche Demokraten und Liberale finden, das wäre nicht ganz unmöglich, also ein Minimum. Also man soll die Bewohner_innen eines Landes automatisch als Staatsbürger_innen anerkennen. Wenn jemand irgendwo biologisch, politisch, intellektuell lebt und arbeitet, soll das ein genügender Grund für eine politische Anerkennung sein. Und was ist eine Anerkennung in der bürgerlichen Gesellschaft? Das ist die Staatsbürgerschaft. Also volle Rechte für alle Einwohner_innen Warum sollen die Einwohner_innen eines Gebiets aufgeteilt sein in Leute mit Vollrecht und Leute mit keinem Recht? Das heisst Feudalismus, und das ist auch nicht bürgerlich und eigentlich ganz und gar unmöglich im heutigen Verfassungssystem der europäischen Ländern, das soll man nicht akzeptieren. Also wenn Staatsbürgerschaft ein Privileg wird, dann hat es keinen Sinn mehr. In der französischen Revolution hat man gekämpft für eine gleiche Staatsbürgerschaft, alle Staatsbürger sind gleich. Wenn es zwei Klassen von Leuten gibt, Staatsbürger und Nicht-Bürger, dann ist es keine bürgerliche Republik mehr, sondern Feudalismus. Ich glaube das muss eine Minimumforderung sein, für die man auch mit bürgerlichen Demokraten zusammenarbeiten könnte, wenn sie noch ein Gewissen haben, wer weiss. Rechtliche Ungleichheiten sind nicht vereinbar mit dem UNO Grunddokument. Die universelle Erklärung der Menschenrechte schliesst das aus, also sollte man daher auch auf rechtlicher-, bürgerrechtlicher- und Menschenrechtsebene den Kampf fortsetzen. Es ist zwar nicht mein Weg, gemeinsam mit den bürgerlichen Demokraten und Liberalen zu gehen, aber es gibt einige Voraussetzungen die man teilt, die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen, das ist keine Neuigkeit. 200 Jahre nach der französischen Revolution sollte es keine Tapferkeit sein zu sagen, dass die Leute gleich sind. Phantastisch. Diese Sachen von Jus Soli und Jus Sanguinis sind nicht vereinbar mit den grundsätzlichen Überzeugungen der Stifter dieses Staatssystems, in dem wir leben. Wenn man das rückgängig macht, dann sollen die weissen Mehrheiten ein bisschen darüber nachdenken, wo das endet. Wenn in einem sogenannt demokratischen Staat Rechtsverschiedenheiten basierend auf dem rechtlichen Status existieren, also Adlige und keine Adlige, das ist dann keine bürgerliche Demokratie mehr.

In der Schweiz haben mir einige Leute, also noch vor den Gezi Protesten und der Rolle der Türkei in Rojava gesagt: «Die Türkei ist doch jetzt sehr gut, es gibt doch keine Probleme dort.»

Das ist auch ein Mangel an Solidarität.

Denken Sie, wir können auch in exilpolitischen Fragen politisch organisieren?

Das ist natürlich eine politische- und eine Machtfrage. Aber ich will ihnen zuerst etwas andere sagen. Haben Sie gewusst, dass Premierminister Orbán von Ungarn die Türkei und Erdogan als sein politisches Ideal bezeichnet hat? Und Putin auch noch dazu. Das zeigt auch, dass all das *unsere* Affären sind. Natürlich man findet unter den Migrant_innen klassische politische Migrant_innen, das ist ganz normal und man sollte wirklich erreichen, dass die Flüchtlinge und Auswanderer usw. ihre Heimat nicht vergessen und dafür auch etwas tun. Es gab Zeiten in der Geschichte, als

Migrant_innengruppen eine wichtige Rolle in ihrem Land gespielt haben. Zum Beispiel haben die irischen Emigrant_innen in Amerika dazu beigetragen, dass es ein Irland gibt, das war wirklich sehr, sehr wichtig. Aber natürlich werden die Probleme der Türkei in der Türkei entschieden. Ich glaube es ist eine praktische Sache, man kann aus dieser Ferne nur sehr schwierig etwas organisieren. Einige Schriftsteller haben ein bisschen Frieden im Ausland und können dort veröffentlichen. Das ist vielleicht wirksam, aber politische Organisation – das geht nur vor Ort. Aber es ist auch wichtig sich bewusst zu sein, dass einige dieser Leute zurückkehren werden, also ihre politische Schulung ihr politisches Engagement im Exil, sind wichtig für sie als künftige Teilnehmer an künftigen Kämpfen. Aber auch ohne Illusion, ich bin selbst ein Immigrant, ich wurde aus Rumänien weggejagt und ich hoffte auf naive Weise, dass ich in Ungarn etwas für Siebenbürgen tun kann, aber in Wirklichkeit praktisch nichts. Ich habe die Leute hier über die Situation dort informiert aber sie wissen wie man sich heute in dieser Medienlandschaft für ausländische Affären interessiert, sehr, sehr wenig. Es ist sehr interessant, dass dieser globale Kapitalismus auch ein Provinzialismus geschaffen hat, das Fernsehen, die Sprachgrenzen usw. Wir sind in der sogenannten globalen Welt, aber wenn ich Ausländer_innen begegne, soll ich jeweils Sachen erklären über Osteuropa. Vor zwanzig, dreissig Jahren wussten alle ein bisschen, die Presse war besser, die Leute waren besser informiert und es ist wirklich phantastisch, dass es nur ein einziges ausländisches Gebiet gibt, über das man vieles weiss, und das ist Amerika. Das ist in der Medienlandschaft so wichtig. Aber wer weiss etwas über Argentinien, oder Brasilien oder Indien? Das sind Riesenländer und ihre Probleme sind im Ausland ganz unbekannt, das ist doch verrückt. Und von kleineren Ländern ganz zu schweigen. Wie man in der Emigration leben sollte, das ist wirklich sehr schwierig, manche Leute sind verloren. Ein Immigrant zu sein ist schwierig. Ich bin zwar in meinem eigenen Sprachgebiet, also ich bin kulturell wie ein Schweizer in Österreich oder ein Österreicher in Deutschland und trotzdem spüre ich auch nach 36 Jahren kulturelle Unterschiede und Schwierigkeiten. Ich bin zwar kein religiöser Mensch, trotzdem ich bin in Siebenbürgen aufgewachsen, das ist protestantisch und Ungarn ist ein katholisches Land. Einige Sachen sind befremdend – Gewohnheiten, Stil etc. Also von einer türkischen Migrantin in der Schweiz ganz zu schweigen. ... Das ist viel viel schwieriger. Man kann nicht von allen erwarten, dass sie wirklich in den Affären des alten Landes noch engagiert sind. Sie sollen für ihre Existenz und ihre Rechte im neuen Land, wo sie leben kämpfen. Wirklich, ich glaube, dass das ganze Flüchtlingsproblem wichtig ist für Mehrheiten. Das kann man sozialistisch formulieren, das ist ein Hindernis für die Emanzipationsbewegung für alle und das man kann es auch liberal, demokratisch und bürgerlich formulieren, als Reaktion gegen Aufklärung und gegen eine bürgerliche Demokratie. Und diese Reaktion ist gefährlich für alle, auch von einem bürgerlichen Standpunkt. Es gibt natürlich einige, die das wissen. Man soll wirklich sehr klar betonen, dass jede politische Frage auch eine allgemeine Bedeutung hat. Auch die alten Lohnfragen der Arbeiterklasse waren Emanzipationsfragen der ganzen Gesellschaft. Dabei ging es um das Recht, in sein eigenes wirtschaftliches Leben einzugreifen und etwas zu ändern. Und das gilt auch heute noch. In allen kapitalistischen Gesellschaften wird das Arbeitsverhältnis als eine private Vertragssache betrachtet, als ein Privatvertrag zwischen Proletarier_in und Kapitalist_in. Auf einen Privatvertrag politischen Druck auszuüben, das war im 19. Jh. gesetzeswidrig. Es wurde also innerhalb von hundert Jahren anerkannt, dass Streiken legal ist. Von einem reinen bürgerlichen Standpunkt ist ein politisches Eingreifen in eine Privatsache illegal. Streiken ist auch heute noch ein Fremdkörper im Rechtssystem, aber trotzdem existiert es, und es ist eine mächtige Waffen. Das heisst also, dass wir das Recht haben, in unser Leben nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich

eingreifen und Druck ausüben und zwar nicht nur über Wahlen etc. Also auch die Flüchtlingsfrage ist eine generelle Emanzipationsfrage für alle. Es ist keine marginale Frage, wie sie von Mainstream-Politiker und Mainstream-Journalisten behandelt wird. Es ist sehr traurig, dass Leute leiden und es wird beiseite geschoben....

Das Thema wird teilweise auch von selbsternannten Marxisten als marginal betrachtet...

Ja, das weiss ich. Das ist sehr dumm von ihnen. Auch wir Marxisten sind nicht von Dummheiten frei. Und oft ist es auch ein Mangel an Bildung. Rassismus ist ein modernes Phänomen, es wurde im Kapitalismus entwickelt und alle Aspekte sind mit der bürgerlichen Gesellschaft gemeinsam, Rassismus existierte vorher nicht. Das wurde im 19. Jh. durch den Imperialismus kreiert. Warum hatten wir weisse Herren das Recht Afrika zu erobern, weil natürlich die schwarzen Kerle minderwertig waren. Das war die Legitimationsideologie für den Imperialismus. Die Frage ist, was ist Imperialismus? Das ist natürlich ein Isotop des Kapitalismus und zu denken das Rassismus ein anderes Problem ist als Kapitalismus ist wirklich idiotisch. Rassismus existierte nicht, das ist kein Problem der Vergangenheit, Rassismus ist modern und historische gesehen ganz neu.

Haben auch aufklärerische Denker dazu beigetragen?

Ja, aber als politische Ideologie in der zweiten Hälfte des 19. Jh. war Rassismus schon antiaufklärerisch, obwohl es Texte von Aufklärern gibt, die rassistisch sind. Auch bei Kant gibt es Dummheiten in seiner Anthropologie über die Neger, das war Volksweisheit. Aber der wirklich aggressive und moderne Rassismus ist etwas anderes. , Rassenvorurteile, das gab es natürlich auch früher. Z.b. in Indien ist die Basis für das Kastensystem eine rassistische Ansicht der weltlichen Angelegenheiten. Die oberen Kasten werden als weisser betrachtet als die unteren. Es gab in Gesellschaften schon solche Vorurteile aber es war keine moderne politische Ideologie, das sind zwei verschiedene Sachen. Rassenvorurteile und Rassismus sind nicht dasselbe. Es gab auch stämmische Vorurteile vor dem Nationalismus. Nationalismus ist auch modern, weil es ein Baustein ist für die Konstruktion des modernen Staates. Warum sind die bürgerlichen Staaten geographisch dort wo sie sind, warum genau diese Grenzen und keine andere? Die sind auch heute rassistisch und national bestimmt. Das war immer eine Schranke der kapitalistischen Entwicklung, aber auch eine Stütze. Die kapitalistische Macht wird durch die Staatsmacht und politische Macht verkörpert und diese ist national organisiert und darum sind der nationale Gedanke und auch der rassistische Gedanke Bausteine des bürgerlichen Staates. Das wurde natürlich nach dem zweiten Weltkrieg und dem Holocaust gemildert durch das internationale Recht usw. aber bis heute sind Staatshoheit und Souveränität national bestimmt. Und das soll man natürlich überschreiben, aber das ist sehr schwierig, weil seit Jahrhunderten alle Politiken so organisiert sind und auch heute werden die Nationalwahlen von der öffentlichen Meinung als die wichtigsten Ereignisse im politischen Leben betrachtet. Die Neukonfiguration der Macht durch das Europaparlament ist für niemanden von Interesse und wird von den Wahlbürgern vernachlässigt, weil die wirklichen Machtfragen national entschieden werden. Das soll man auch ein bisschen verrücken und verändern. Das Flüchtlingsproblem hat sehr tiefe Wurzeln in der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft und das hängt natürlich mit dem Kapitalismus zusammen.

Kapitalismus ist kein exklusiv wirtschaftliches System, es ist auch ein politisches System und ein Moralsystem usw. Das sollte nach Antonio Gramsci klar sein.

Haben sie gewusst, dass in der Schweiz noch einige Bürgergemeinden per Bürgerabstimmung entscheiden, ob jemand die Staatsbürgerschaft erhält?

Ich glaube, ich habe davon gehört, es aber wieder vergessen. Über Rechtsstatus zu entscheiden? Das ist logisch ganz schief. Weil natürlich die Gemeinde ist definiert als die Versammlung aller Bürger. Wer sind die Bürger? Natürlich die dort wohnen! Und darin eine Differenzierung einzuführen ist gegen das Grundprinzip. Wenn sie schon dort wohnen, leben und arbeiten, haben sie damit im Geiste des aufgeklärten Konstitutionalismus das Recht erworben gleichberechtigte Teilnehmer im politischen Leben dieser Gemeinde zu sein. Was ist das Prinzip, das sie ausschliesst? Es ist das rassistische Prinzip und das ist nicht anerkannt vom Verfassungsrecht.

Ich habe manchmal den Eindruck dass in Diskussionen über MigrantInnen biopolitische Beherrschung durch Institutionen und Dispositive stärker thematisiert werden als ökonomische Ausbeutung. Wie sehen sie das?

Wie ich gesagt habe, ist der Kapitalismus kein exklusiv wirtschaftliches System. Beim kapitalistischen System des reichen Westens ist der Konsens und die Freiwilligkeit vorrangig, sie zielen auf Selbstbeherrschung ab. Volksherrschaft ist Selbstherrschaft. Also in Gesellschaften, die wirklich wohlhabend und friedlich sind, dort wird die Macht durch andere Mittel ausgeübt, als in armen Gesellschaften, wo physische und polizeiliche Macht die wichtigsten sind. Und das ist auch rassistisch, weil es für die Mehrheit Konsens sowie Freiwilligkeit gibt und akzeptiert sein und Konformismus und Manipulierung und Medienherrschaft usw. und eine relativ flexible Definitionsmöglichkeit für das Selbst. Man kann heute Gay sein oder vegetarisch sein oder marxistische sein, einen Lehrstuhl in einer Hochschule innehaben usw. Wenn es jedoch offene Konflikte mit Farbigen und Einwanderer gibt, dann erscheint auch die physische Gewalt und zeigt, dass die letzte Garantie der Staatsmacht ist doch die physische Macht. Natürlich gibt es auch physische Macht in Irrenanstalten, Schulen und in Gefängnissen und anderen Plätzen, wo man nicht rechtlich frei ist, minderjährig, minderwertig, verurteilt oder keine Bürgerrechte und Staatsbürgerschaft hat. Jemanden von der generellen Wirtschaft auszuschliessen, das ist auch Staatsgewalt. Man kann keine absolute Grenze treffen zwischen Wirtschaft und Biopolitik, wenn Biopolitik benutzt wird für ökonomische Sachen, wie z.B. Schwarzarbeit und andere Formen extremer Ausbeutung. Oder wenn man das Rassenproblem benutzt zur Zügelung der weissen Underclass oder zur Mobilisierung der weissen Underclass für die Aufrechterhaltung der Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft. Durch die Angst vor den Ausländern werden sie mobilisiert gegen ihre eigenen Interessen. Also hier sind wirtschaftliche, biopolitische, staatliche, rechtliche und polizeiliche Methoden die Methoden derselben Macht, und das ist natürlich die grosse Neuigkeit des 20. Jahrhunderts. Seit Faschismus gilt: Wie kann man die Arbeiterklasse und andere nicht-habenden Klassen gegen ihre eigenen Interessen organisieren und mobilisieren. Das war das Meisterwerk der NSDAP und ihren Verbündeten und dafür hat man damals das Rassenproblem benutzt und dafür benutzt man es auch heute, auch in Abwesenheit einer faschistischen Diktatur. Es dient der Rettung der kapitalistischen Ordnung und dafür braucht man die Arbeiterklasse und die Underclass. Das Flüchtlingsproblem und das Rassenproblem im

Allgemeinen dienen dazu, dass das soziale Gleichgewicht so bleibt, wie es ist. Ich sehe keinen wirklichen Konflikt zwischen Biopolitik und ökonomischer Ausbeutung. Natürlich gibt es Sekten und Denkschulen, die es unterschiedlich sehen und auch die Unorganisiertheit der heutigen Linken trägt dazu bei. Es gibt z.B. auch Feministen, die nicht sehen wie diese Ungleichheiten der herrschenden Ordnung dienen. Damals war es natürlich die unbezahlte Hausarbeit, die das ganze System aufrechterhalten hat, später kam die Mobilisierung der Frauen der Industriearbeit im fordistischen System und heute die Ausstossung der Frauen von der Arbeit. Man nutzt die Frauen als Mittel zur Aufrechterhaltung der ganzen Ordnung und das ist nicht einfach ein Problem des Patriarchat, obwohl es das auch ist, aber das Patriarchat ist auch eine Konsequenz der Ordnung, in dem es verschiedene Felder und Gebiete der Ausbeutung und Repression gibt. Ich glaube nicht, dass es Begrifflich hier einen wirklichen Widerspruch gibt.